

No. 36506

**Kyrgyzstan
and
Germany**

Agreement between the Government of the Kyrgyz Republic and the Government of the Federal Republic of Germany on cooperation in the fight against the organized crime, terrorism and other crimes of extreme danger (with protocol). Bishkek, 2 February 1998

Entry into force: *31 May 1999 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Russian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Kyrgyzstan, 9 March 2000*

**Kirghizistan
et
Allemagne**

Accord de coopération entre le Gouvernement de la République kirghize et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne en vue de combattre le crime organisé, le terrorisme et d'autres crimes de grande importance (avec protocole). Bichkek, 2 février 1998

Entrée en vigueur : *31 mai 1999 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et russe*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Kirghizistan, 9 mars 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der Kirgisischen Republik
und
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über
die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
der organisierten Kriminalität
sowie des Terrorismus
und anderer Straftaten
von erheblicher Bedeutung

Die Regierung der Kirgisischen Republik
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
im folgenden die Vertragsparteien genannt,

in der Absicht, auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Republik Kirgistan und der Bundesrepublik Deutschland vom 4. Juli 1992 einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, der unerlaubten Einschleusung von Personen und des Terrorismus von wesentlicher Bedeutung ist,

im Hinblick auf die internationalen Übereinkommen, denen die Vertragsparteien beigetreten sind, und die anderen von beiden Vertragsparteien unterzeichneten Dokumente, die die Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Verhinderung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, der unerlaubten Einschleusung von Personen, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung betreffen,

besorgt über das weltweite Anwachsen des Mißbrauchs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und deren unerlaubten Verkehr,

in dem gemeinsamen Willen, den Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen,

überzeugt, daß die Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen auf dem Luftweg insbesondere an den Abflug- und Transitflughäfen ansetzen muß, da nur dort jene Personen wirksam von der Beförderung durch die Luftverkehrsgesellschaften ausgeschlossen werden können,

in der Absicht, wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung von ge- oder verfälschten oder mißbräuchlich verwendeten Grenzübertretsdokumenten sowie zur Bekämpfung krimineller Schleuserorganisationen zu ergreifen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 9 bei der Bekämpfung einschließlich der Verhütung und Verfolgung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung zusammen.

Artikel 2

(1) Sofern organisierte Strukturen bei der Tatbegehung erkennbar sind, bezieht sich die Zusammenarbeit auf die nachfolgend aufgeführten Deliktbereiche:

- unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Ein-, Aus- und Durchfuhr von sowie Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen;
- Geldwäsche;
- Terrorismus;
- unerlaubte Einschleusung von Personen;
- unerlaubter Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoff;
- Zuhälterei und Menschenhandel;
- Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel;
- Schutzgelderpressung;
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld;

- Eigentumskriminalität und gegen das Vermögen gerichtete Straftaten;
- Dokumenten-, Scheck- und Kreditkartenfälschung;
- Straftaten gegen die Umwelt;
- unerlaubter Handel mit radioaktiven und nuklearen Materialien, Waren und Technologien von strategischer Bedeutung und anderen Rüstungsgütern;
- unerlaubter Handel mit Kulturgut.

(2) Unter der Voraussetzung, daß organisierte Tätergruppen deliktübergreifend tätig sind, kann sich die Zusammenarbeit auch auf weitere Deliktbereiche erstrecken.

Artikel 3

Zum Zweck der Bekämpfung des unerlaubten Anbaus, der unerlaubten Herstellung, Gewinnung, Ein-, Aus- und Durchfuhr von sowie des Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen werden die Vertragsparteien im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 9 insbesondere:

1. Erkenntnisse zu Personen, die an der Rauschgiftherstellung, dem -schmuggel oder -handel beteiligt sind, Verstecke, Transportwege und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsort der Suchtstoffe und psychotropen Stoffe, gebräuchliche Methoden des unerlaubten grenzüberschreitenden Verkehrs sowie besondere Einzelheiten eines Falles gegenseitig mitteilen, soweit dies für die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. einander Muster neuer Suchtstoffe und anderer gefährlicher Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;

3. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie Grundstoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer illegalen Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen;
4. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung von unerlaubten Abzweigungen aus dem legalen Verkehr zweckmäßig sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund der geltenden Suchtstoffübereinkommen hinausgehen;
5. gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen durchführen.

Artikel 4

Zum Zweck der Bekämpfung des Terrorismus werden die Vertragsparteien im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 9 insbesondere Informationen austauschen über geplante und begangene terroristische Akte und Methoden und Formen ihrer Begehung sowie über terroristische Gruppierungen, die Straftaten im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei gegen die Interessen der anderen Vertragspartei planen, begehen oder begangen haben. Der Austausch erfolgt, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten des Terrorismus oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Artikel 5

Zum Zweck der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen werden die Vertragsparteien im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 9 insbesondere:

1. bei Bedarf eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Analyse der mit der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen zusammenhängenden Fragen und zur Ausarbeitung geeigneter Gegenmaßnahmen bilden;

2. Informationen mitteilen, die für die andere Vertragspartei zur Verhütung, Aufklärung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich sind.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden zum Zweck der Zusammenarbeit:

1. eine Gemischte Kommission, bestehend aus leitenden Beamten der zuständigen Ministerien beider Vertragsparteien, insbesondere der Ministerien des Innern, unter Beteiligung von gegenseitig zu benennenden Fachleuten bilden, die bei Bedarf zusammentritt;
2. Fachleute zur Information über Techniken und Methoden der Kriminalitätsbekämpfung und Fachleute der Kriminaltechnik austauschen;
3. im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Erkenntnisse zu Tatbeteiligten an Straftaten der organisierten Kriminalität sowie deren Hinterleute, Informationen über kriminelle Organisationen, deren Strukturen und Täterverbindungen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die angegriffenen Objekte, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffene Maßnahmen gegenseitig mitteilen, soweit dies für die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten der organisierten Kriminalität oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
4. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen durchführen;
5. bei Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen und gegenseitige personelle, materielle und organisatorische Unterstützung zusammenwirken;
6. Erfahrungen und Informationen, insbesondere über gebräuchliche Methoden der transnationalen Kriminalität sowie besondere, neue Formen der Straftatbegehung, austauschen;

7. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
8. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
9. einen Austausch zur gemeinsamen oder gegenseitigen Fortbildung von Fachleuten vornehmen und Studienaufenthalte von Mitarbeitern zur Qualifizierung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ermöglichen;
10. nach Bedarf im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.

Artikel 7

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze der eigenen Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Unterstützung beziehungsweise die Kooperationsmaßnahme insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

Artikel 8

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Polizei- und Justizbehörden sowie an sonstige für die Verhütung und Verfolgung von Straftaten zuständige öffentliche Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen und die Verwendung der übermittelten Daten für einen anderen als den angegebenen Zweck dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung personenbezogener Daten unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, daß dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung richtet sich im übrigen nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Die Vorschriften über die justitielle Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen bleiben von diesem Abkommen unberührt.

Artikel 10

Zum Zweck der Umsetzung dieses Abkommens werden alle Kontakte unmittelbar zwischen den jeweils zuständigen Zentralstellen und den von diesen benannten Experten stattfinden.

Zentralstellen sind:

auf seiten der Kirgisischen Republik

- das Ministerium des Innern,
- das Ministerium für nationale Sicherheit,
- das Ministerium für Gesundheitswesen,
- die Staatliche Zollinspektion bei der Regierung der Kirgisischen Republik.

auf seiten der Bundesrepublik Deutschland

- das Bundesministerium des Innern,
- das Bundesministerium für Gesundheit,
- das Bundeskriminalamt,

- die Grenzschutzdirektion,
- das Zollkriminalamt.

Artikel 11

Die Vertragsparteien können weitere Einzelheiten der in den Artikeln 1 bis 6 vereinbarten Zusammenarbeit in gesonderten Vereinbarungen festlegen.

Artikel 12

Durch dieses Abkommen werden in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltene Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 14

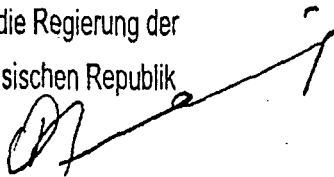
Dieses Abkommen wird für die Dauer von zehn Jahren geschlossen. Danach verlängert sich die Geltungsdauer jeweils um zehn weitere Jahre, sofern das Abkommen nicht von einer Vertragspartei durch Notifikation gekündigt wird. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Artikel 15

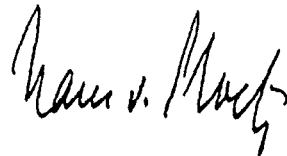
Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Mißbrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und deren unerlaubten Verkehr im Verhältnis zwischen der Kirgisischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland außer Kraft.

Geschehen zu Bischkek am 2. Februar 1998 in zwei Urschriften, jede in russischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Kirgisischen Republik

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized initial 'D' followed by a long horizontal line that curves upwards at the end.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klaus v. M...' in a cursive script.

Protokoll
zum
Abkommen vom 2. Februar 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Kirgisischen Republik
über
die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
der organisierten Kriminalität
sowie des Terrorismus
und
anderer Straftaten
von erheblicher Bedeutung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Kirgisischen Republik -

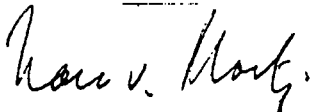
haben zu Artikel 8 Ziffer 3 Satz 2 des vorgenannten Abkommens aus Anlaß der Unterzeichnung folgendes erklärt:

Es besteht Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien, daß die Regierung der Kirgisischen Republik ihre generelle Zustimmung zur weiteren Übermittlung personenbezogener Daten an andere deutsche Stellen und zur Verwendung für andere Zwecke als den Vertragszweck erteilt hat, sofern nach deutschem Recht eine gesetzliche Mitteilungspflicht besteht. Solche Mitteilungspflichten bestehen nach § 18 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, § 10 Absatz 1 des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst und nach § 8 Absatz 2 des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst.

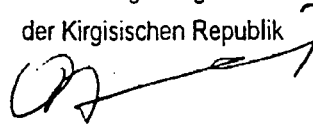
Dieses Protokoll tritt in Kraft mit Inkrafttreten des vorgenannten Abkommens.

Geschehen zu Bischkek am 2. Februar 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung
der Kirgisischen Republik



[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ

между

Правительством Кыргызской Республики

и

**Правительством Федеративной Республики Германия
о сотрудничестве в борьбе с организованной преступностью,
терроризмом и другими преступлениями, представляющими
повышенную опасность**

Правительство Кыргызской Республики и Правительство Федеративной Республики Германия, далее именуемые Договаривающимися Сторонами,

намереваясь на основе Совместного заявления об основах отношений между Республикой Кыргызстан и Федеративной Республикой Германия от 4 июля 1992 года, внести вклад в развитие взаимных отношений,

убежденные в том, что сотрудничество имеет важное значение для эффективного пресечения и борьбы с организованной преступностью, в частности, с преступностью, связанной с наркотиками, незаконным провозом лиц через границу и терроризмом,

учитывая международные конвенции, к которым Договаривающиеся Стороны присоединились, и другие документы, подписанные Договаривающимися Сторонами, касающиеся межгосударственного сотрудничества с целью пресечения и борьбы с организованной преступностью, в частности, с преступностью, связанной с наркотиками, незаконным провозом лиц через границу, терроризмом и другими преступлениями, представляющими повышенную опасность,

озабоченные возрастанием во всем мире злоупотребления наркотическими средствами и психотропными веществами и их незаконным оборотом,

исходя из совместной воли вести эффективную борьбу с терроризмом,

будучи убежденными в том, что борьба с незаконным провозом лиц через границу воздушным путем должна начинаться прежде всего в аэропортах вылета и в транзитных аэропортах, поскольку только там возможно эффективно исключить этих лиц из перевозки авиаконструкциями,

намереваясь принимать эффективные меры по сокращению употребления подделанных и фальсифицированных или используемых не по назначению документов для пересечения границ, а также по борьбе с организациями, занимающимися незаконным провозом лиц через границу,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Договаривающиеся Стороны в рамках своего внутреннего законодательства и с учетом статьи 9 настоящего Соглашения сотрудничают в области борьбы с организованной преступностью, терроризмом и другими преступлениями, представляющими повышенную опасность, включая их предотвращение и расследование.

Статья 2

(1) При условии выявления преступных организованных структур сотрудничество распространяется на следующие виды преступлений:

- незаконное выращивание, производство и получение наркотических средств и психотропных веществ, их незаконный вывоз, вывоз и транзит, а также торговля ими;

- отмывание денег;

- терроризм:
- незаконный провоз лиц через границу;
- незаконная торговля оружием, боеприпасами и взрывчатыми веществами;
- эксплуатация проституции и торговля людьми;
- шулерство и запрещенные азартные игры;
- рабство;
- изготовление и распространение фальшивых денег;
- преступления против собственности и имущества;
- подделка документов, чеков и кредитных карточек;
- преступления против окружающей среды;
- незаконная торговля радиоактивными и ядерными материалами, товарами и технологиями стратегического назначения и другими видами военной техники;
- незаконная торговля предметами культурного достояния.

(2) В случае, если организованные группы преступников действуют в разных сферах преступлений, сотрудничество может также распространяться на другие сферы преступности.

Статья 3

В целях борьбы с незаконным выращиванием, незаконным изготовлением, получением, ввозом, вывозом и транзитом наркотических средств и психотропных веществ, а также торговлей ими Договаривающиеся Стороны в рамках своего внутригосударственного законодательства и с учетом статьи 9 настоящего Соглашения будут прежде всего:

1. обмениваться сведениями о лицах, причастных к изготовлению или контрабанде наркотиков и торговле ими, о местах укрытия, транспортных путях и средствах, методах работы, местах происхождения и пунктах доставки наркотических средств и психотропных веществ, о распространенных методах незаконного пересечения границы, а также об особых деталях определенного дела в объеме, необходимом для выяснения и расследования преступлений, представляющих повышенную опасность, или для предотвращения конкретных ситуаций, представляющих существенную угрозу для общественной безопасности;

2. предоставлять друг другу образцы новых наркотических средств и других опасных веществ как растительного, так и синтетического происхождения, которые используются в целях злоупотреблений;

3. обмениваться опытом работы в области контроля законного оборота наркотических средств и психотропных веществ, а также основных веществ и прекурсоров, которые необходимы для их незаконного изготовления, имея в виду их возможное изъятие из законного оборота;

4. совместно осуществлять меры, которые целесообразны для пресечения незаконного изъятия веществ из законного оборота и которые выходят за рамки обязанностей Договаривающихся Сторон в связи с действующими конвенциями по наркотическим средствам;

5. совместно осуществлять меры по борьбе с незаконным изготовлением наркотических средств и психотропных веществ.

Статья 4

С целью борьбы с терроризмом Договаривающиеся Стороны в рамках своего внутригосударственного законодательства и с учетом статьи 9 настоящего Соглашения, в частности, будут обмениваться информацией о запланированных и совершенных террористических актах, формах и методах их осуществления, а также о террористических группировках, которые на территории одной Договаривающейся Стороны планируют, совершают или совершили преступления против интересов другой Договаривающейся Стороны. Обмен осуществляется в объеме, необходимом для борьбы с террористическими преступлениями или для предотвращения конкретных ситуаций, представляющих существенную угрозу для общественной безопасности.

Статья 5

С целью борьбы с незаконным провозом лиц через границу Договаривающиеся Стороны в рамках своего внутригосударственного законодательства и с учетом статьи 9 настоящего Соглашения, в частности:

1. в случае необходимости, создадут рабочую группу по совместному анализу вопросов, связанных с борьбой с незаконным провозом лиц через границу и по разработке подходящих ответных мер;

2. будут сообщать другой Договаривающейся Стороне информацию, которая ей нужна для предотвращения, раскрытия и расследования преступлений, представляющих повышенную опасность.

Статья 6

С целью сотрудничества Договаривающиеся Стороны будут:

1. создавать Смешанную комиссию из числа руководящих сотрудников компетентных министерств обеих Договаривающихся Сторон, в частности, министерств внутренних дел с привлечением экспертов, о назначении которых Договаривающиеся Стороны уведомляют друг друга. Заседания Комиссии будут проходить по мере необходимости;

2. обмениваться специалистами по вопросам техники и методов борьбы с преступностью, специалистами по криминалистической технике;

3. обмениваться в рамках своего внутригосударственного законодательства сведениями о лицах, причастных к преступлениям, совершенным в рамках организованной преступности, а также об их организаторах, информацией о преступных организациях, их структурах, связях между преступниками, типичном поведении преступных групп и их участников, об обстоятельствах совершения преступления, в частности, о времени, месте и способе совершения преступления, об объектах посягательства, особенностях, а также о нарушенных нормах уголовного законодательства и принятых мерах в объеме, необходимом для раскрытия и расследования организованных преступлений или для предотвращения конкретных ситуаций, представляющих существенную угрозу для общественной безопасности;

4. принимать по запросам меры, допустимые законодательством запрашиваемой Договаривающейся Стороны;

5. взаимодействовать при проведении розыскных мероприятий путем осуществления взаимоголасованных полицейских действий и оказания взаимной кадровой, материальной и организационной помощи;

6. обмениваться опытом и информацией, в частности, о принятых методах транснациональной преступности, а также об особых, новых формах совершения преступлений;

7. обмениваться результатами научных исследований в области криминалистики и криминологии;

8. взаимно предоставлять образцы предметов, полученных в результате преступлений или использованных для их совершения либо используемых не по назначению;

9. обеспечивать обмен для совместного или взаимного повышения квалификации специалистов и организовывать стажировки сотрудников для повышения профессионализма в области борьбы с организованной преступностью;

10. при необходимости в рамках конкретных процедур дознания и следствия проводить рабочие встречи с целью подготовки и проведения совместных мероприятий.

Статья 7

Если одна из Договаривающихся Сторон считает, что неисполнение запросов или осуществление мероприятия в рамках взаимодействия может ущемить ее суверенные права, угрожать национальной безопасности или другим важным интересам либо нарушить принципы установленного в стране правопорядка, то в помощи или взаимодействии в данном случае может быть полностью или частично отказано или могут быть выдвинуты определенные условия или требования.

Статья 8

При передаче данных о лицах в соответствии с настоящим Соглашением и существующим национальным законодательством действуют следующие положения с соблюдением действующих для каждой Договаривающейся Стороны правовых норм:

1. использование данных получателем допускается только в указанных целях и на условиях, определенных передающим органом.

2. получатель данных в случае запроса сообщает передающему органу об их использовании и полученных при этом результатах.

3. данные о лицах могут передаваться исключительно органам полиции и юстиции, а также другим государственным органам по предупреждению и расследованию преступлений. Дальнейшая передача в другие органы и использование полученных данных в иных, чем указанных целях, допускается только с предварительного согласия передающего органа.

4. передающий орган обязуется обеспечить достоверность передаваемых данных о лице и убеждается в необходимости их передачи в пределах и в соответствии с целями запроса. При этом учитываются действующие на основании внутригосударственного законодательства запреты на передачу данных. Передача данных о лицах не осуществляется, если имеются основания предполагать, что таким образом может быть нарушена цель одного из внутригосударственных законов или могут быть ущемлены требующие защиты интересы соответствующих лиц. В случае, если были переданы недостоверные данные или данные не подлежащие передаче, то получающий орган об этом немедленно информируется. Получающий орган обязан исправить или уничтожить эти данные.

5. заинтересованному лицу по его заявлению предоставляется справка об имеющейся в его отношении информации, а также о предусмотренной цели ее использования. Справка может не предоставляться, если в результате рассмотрения вопроса устанавливается, что интересы государства в том, чтобы справка не была предоставлена, преобладают над интересами заинтересованного в ее получении лица. Далее, право заинтересованного лица на получение такой справки регулируется в соответствии с внутреннегосударственным законодательством той Договаривающейся Стороны, на территории которой она запрашивается.

6. передающий орган при направлении данных указывает сроки их уничтожения, действующие в соответствии с его внутреннегосударственным законодательством. Независимо от этих сроков полученные данные о лицах следует уничтожить, как только отпадает цель, ради которой они были переданы.

7. органы, передающие или получающие данные о лицах, обязаны регистрировать передачу и прием.

8. органы, передающие или получающие данные о лицах, обязаны обеспечивать эффективную защиту переданных данных от доступа к ним посторонних лиц, их неправомерного изменения и разглашения.

Статья 9

Настоящее Соглашение не затрагивает положений по оказанию правовой помощи по уголовным делам в сфере деятельности органов юстиции, а также административной и правовой помощи по фискальным делам.

Статья 10

В целях выполнения настоящего Соглашения все контакты будут осуществляться непосредственно между центральными компетентными органами и назначаемыми ими экспертами.

Центральными органами являются:

со стороны Кыргызской Республики:

- Министерство внутренних дел,

- Министерство национальной безопасности,

- Министерство здравоохранения,

- Государственная таможенная инспекция при Правительстве Кыргызской Республики;

со стороны Федеративной Республики Германия:

- Федеральное министерство внутренних дел.
- Федеральное министерство здравоохранения.
- Федеральное ведомство уголовной полиции.
- Управление пограничной охраны.
- Ведомство таможенной уголовной полиции.

Статья 11

Договаривающиеся Стороны могут заключать отдельные соглашения для урегулирования прочих подробностей сотрудничества, указанного в статьях 1-6 настоящего Соглашения.

Статья 12

Настоящее Соглашение не затрагивает права и обязательства Договаривающихся Сторон, вытекающие из других двусторонних или многосторонних договоренностей.

Статья 13

Настоящее Соглашение вступает в силу после взаимной нотификации Договаривающихся Сторон о выполнении внутригосударственных процедур, необходимых для вступления Соглашения в силу. Днем вступления в силу считается день поступления последней нотификации.

Статья 14

Настоящее Соглашение заключается сроком на десять лет. Действие Соглашения продлевается автоматически на последующие десять лет, если ни одна из Договаривающихся Сторон путем нотификации не заявит о прекращении действия Соглашения. Прекращение действия Соглашения вступит в силу через 6 месяцев после получения другой Договаривающейся Стороной соответствующей ноты.

Статья 15

С момента вступления в силу настоящего Соглашения прекращает свое действие в отношениях между Кыргызской Республикой и Федеративной Республикой Германия Соглашение между Правительством Федеративной Республики Германия и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о сотрудничестве по борьбе со злоупотреблением наркотическими средствами и психотропными веществами и их незаконным оборотом от 13 июня 1989 года.

Совершено в Бийсаке «2» сентября 1994 года в двух подлинных экземплярах, каждый на русском и немецком языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
КЫРГЫЗСКОЙ РЕСПУБЛИКИ



ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ
ГЕРМАНИЯ



ПРОТОКОЛ
к Соглашению
между Правительством Кыргызской Республики и Правительством
Федеративной Республики Германия о сотрудничестве в борьбе с
организованной преступностью, терроризмом и другими преступлениями,
представляющими повышенную опасность

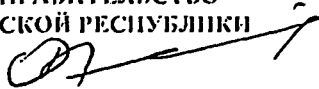
Правительство Кыргызской Республики и Правительство Федеративной Республики Германия заявляют по поводу поднесения указанного Соглашения следующее в отношении второго предложения пункта 3 статьи 8 Соглашения:

Договаривающиеся Стороны договорились о том, что Правительство Кыргызской Республики выражает в целом свое согласие на передачу данных о лицах другим германским органам и на их использование в других целях, не указанных в Соглашении, если германские законы обязывают уведомлять соответствующие ведомства. Такая обязанность предписывается в соответствии с пунктом 1 параграфа 18 Закона о сотрудничестве Федерации и Земель по делам охраны Конституции и о Федеральном ведомстве по охране Конституции, пунктом 1 параграфа 10 Закона о Службе военной контрразведки и пунктом 2 параграфа 8 Закона о Федеральной разведывательной службе.

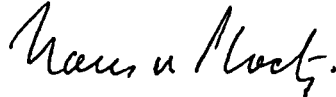
Настоящий протокол вступает в силу в момент вступления в силу вышеуказанного Соглашения.

Совершено в г. Бишкек "02" февраля 1998 года в двух подлинных экземплярах, каждый на русском и немецком языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
КЫРГЫЗСКОЙ РЕСПУБЛИКИ



ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ
ГЕРМАНИЯ



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE KYRGYZ REPUBLIC AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON COOPERATION IN COMBATING ORGANIZED CRIME, TERRORISM AND OTHER HIGHLY DANGEROUS CRIMES

The Government of the Kyrgyz Republic and the Government of the Federal Republic of Germany, hereinafter referred to as the Contracting Parties,

With a view to contributing, on the basis of the Joint Declaration on the Foundations for Relations between the Republic of Kyrgyzstan and the Federal Republic of Germany, of 4 July 1992, to the development of mutual relations,

Convinced that cooperation is of considerable importance for the effective prevention and suppression of organized crime, particularly crime linked to narcotic drugs, smuggling of persons across borders and terrorism,

Taking into account the international conventions to which the Contracting Parties have acceded and the other instruments signed by the Contracting Parties concerning cooperation between States to prevent and suppress organized crime, particularly crime linked to narcotic drugs, smuggling of persons across borders, terrorism and other highly dangerous crimes,

Concerned about the worldwide rise in the illicit use of and traffic in narcotic drugs and psychotropic substances,

Proceeding from their joint desire to combat terrorism effectively,

Convinced that efforts to combat the smuggling of persons across borders by air must begin primarily in airports of origin and transit airports, since only there can such persons be effectively excluded from carriage by airlines,

With a view to taking effective measures to reduce the use of forged and falsified documents and the misuse of documents for crossing borders and to combat organizations engaged in the smuggling of persons across borders,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties, within the framework of their domestic legislation and taking into account article 9 of this Agreement, shall cooperate in combating organized crime, terrorism and other highly dangerous crimes, including in the prevention and investigation thereof.

Article 2

1. Insofar as the structures of organized crime are exposed, cooperation shall cover the following types of crimes:

Illicit cultivation, production, extraction, import, export and transit of and traffic in narcotic drugs and psychotropic substances;

Money-laundering;

Terrorism;

Smuggling of persons across borders;

Illicit traffic in arms, ammunition and explosive substances;

Exploitation of the prostitution of others and traffic in persons;

Card sharpening and prohibited games of chance;

Racketeering;

Production and distribution of counterfeit money;

Crimes against property and capital;

Forging of documents, cheques and credit cards;

Crimes against the environment;

Illicit traffic in radioactive and nuclear materials, goods and technologies of strategic significance, and other types of military hardware;

Illicit traffic in objects of cultural value.

2. In the event that organized groups of criminals are active in different areas of criminality, cooperation may also cover additional types of crimes.

Article 3

For the purpose of combating the illicit cultivation, production, extraction, import, export and transit of and traffic in narcotic drugs and psychotropic substances, the Contracting Parties, within the framework of their domestic legislation and taking into account article 9 of this Agreement, shall, inter alia:

1. Exchange information on persons involved in the production or smuggling of and traffic in narcotic drugs, on hiding places, routes and means of transport, working methods, places of origin and destinations of narcotic drugs and psychotropic substances, on common methods of illicitly crossing borders, and on special details of particular cases to the extent necessary to uncover and investigate highly dangerous crimes or to prevent specific situations posing a significant threat to public safety;

2. Provide one another with samples of new narcotic drugs and other dangerous substances of both vegetable and synthetic origin that are subject to abuse;

3. Exchange experience of efforts to control the licit trade in narcotic drugs and psychotropic substances and in the raw materials and precursors necessary for their illicit production, having regard to their possible diversion from the licit trade;

4. Take joint measures appropriate for preventing the diversion of substances from the licit trade going beyond the obligations of the Contracting Parties under existing conventions on narcotic drugs;

5. Take joint measures to combat the illicit production of narcotic drugs and psychotropic substances.

Article 4

For the purpose of combating terrorism, the Contracting Parties, within the framework of their domestic legislation and taking into account article 9 of this Agreement, shall, inter alia, exchange information on terrorist acts that are being planned or have been carried out, the forms and methods of execution, and on terrorist groups that are planning, committing or have committed in the territory of one Contracting Party crimes against the interests of the other Contracting Party. Such exchanges shall take place to the extent necessary to combat terrorism and prevent specific situations posing a significant threat to public safety.

Article 5

For the purpose of combating the smuggling of persons across borders, the Contracting Parties, within the framework of their domestic legislation and taking into account article 9 of this Agreement, shall, inter alia:

1. Establish, if necessary, a working group to analyse jointly issues relating to the suppression of the smuggling of persons across borders and to develop appropriate measures in response;
2. Share information needed by the other Contracting Party to prevent, uncover and investigate highly dangerous crimes.

Article 6

For the purpose of cooperation, the Contracting Parties shall:

1. Establish a mixed commission consisting of senior officials of the competent ministries of both Contracting Parties, particularly the ministries of internal affairs, and with the participation of experts. The Contracting Parties shall notify one another of the appointment of such experts. The Commission shall meet as necessary;
2. Exchange specialists in anti-crime technology and methods and in forensic techniques;
3. Exchange information, within the framework of their domestic legislation, on persons involved in crimes committed in the context of organized crime and on the organizers of such crimes, on criminal organizations and their structures, links between criminals, and typical behaviour of criminal groups and their participants, on the circumstances relating to the commission of crimes, especially the time, place and method of commission, on the subjects of the offence and the specific features, and on the provisions of criminal law violated and the measures taken, to the extent necessary to uncover and investigate organized crimes or to prevent specific situations posing a significant threat to public safety;
4. Take, upon request, the measures permitted under the legislation of the Contracting Party requested;
5. Cooperate in carrying out investigations by implementing mutually agreed police actions and providing human, material and organizational assistance;

6. Exchange experience and information, particularly in connection with methods used in transnational crime and special new forms of crime;
7. Exchange the results of scientific research in the fields of forensics and criminology;
8. Provide one another with samples of items that are obtained as a result of crimes, used to commit crimes or misused;
9. Arrange an exchange for the purpose of joint or reciprocal advanced training of specialists and organize training courses for officials in order to enhance professionalism in combating organized crime;
10. If necessary, conduct working meetings within the framework of specific inquiries and investigations in order to prepare and implement joint measures.

Article 7

If either Contracting Party considers that the fulfilment of a request or the implementation of a measure in the context of cooperation may infringe its sovereign rights, jeopardize national security or other vital interests, or violate the principles of the country's system of law and order, the assistance or cooperation, as the case may be, may be fully or partially refused, or certain conditions or requirements may be specified.

Article 8

When personal data are transmitted in accordance with this Agreement and existing national legislation, the following provisions shall apply, subject to the legal norms in force in the case of each Contracting Party:

1. The recipient may use the data only for the purposes specified and under the conditions prescribed by the transmitting agency;
2. The recipient of the data shall inform the transmitting agency upon request of the use to which they are put and the results obtained thereby;
3. Personal data may be transmitted solely to police and judicial authorities and other State agencies responsible for preventing and investigating crimes. Further transmission to other agencies and use of the data received for purposes other than those specified shall be permitted only with the prior consent of the transmitting agency;
4. The transmitting agency shall be obliged to ensure the accuracy of the personal data transmitted and shall satisfy itself as to the need to transmit the data within the limits and for the purposes specified in the request. In addition, the prohibitions on the transmission of data applicable under domestic legislation shall be taken into account. Personal data shall not be transmitted if there is reason to believe that transmission may infringe the purpose of a domestic law or harm interests of the persons concerned that require protection. In the event of the transmission of inaccurate data or of data that may not be transmitted, the receiving agency shall be immediately informed thereof. The receiving agency shall be obliged to correct or destroy such data;

5. Interested persons shall be provided upon their request with information on the data concerning them and on the purpose for which such data are to be used. Such information shall not be provided if it is established, after consideration of the issue, that the interests of the State in not disclosing the information take precedence over those of the interested person in obtaining it. In addition, the right of the interested person to obtain such information shall be governed by the domestic legislation of the Contracting Party in whose territory it is requested;

6. The transmitting agency shall, when sending data, indicate the deadlines for the destruction of the data applicable under its domestic legislation. Regardless of these deadlines, personal data received must be destroyed as soon as they are no longer necessary for the purpose for which they were transmitted;

7. Agencies transmitting or receiving personal data shall be obliged to record the transmission or receipt;

8. Agencies transmitting or receiving personal data shall be obliged to ensure that the data received are effectively protected from access by unauthorized persons and from unauthorized amendment or disclosure.

Article 9

This Agreement shall not affect the provisions concerning the granting of legal assistance in criminal matters with respect to the activities of judicial authorities and of administrative and legal assistance in fiscal matters.

Article 10

For the purpose of the implementation of this Agreement, all contacts shall take place directly between the competent central authorities and the experts appointed by them.

The competent central authorities shall be:

In the case of the Kyrgyz Republic:

Ministry of Internal Affairs;

Ministry of National Security;

Ministry of Health;

State Customs Inspectorate, Government of the Kyrgyz Republic;

In the case of the Federal Republic of Germany:

Federal Ministry of Internal Affairs;

Federal Ministry of Health;

Federal Criminal Investigation Agency;

Border Protection Office;

Customs Investigation Agency.

Article 11

The Contracting Parties may conclude separate agreements to regulate other details of the cooperation referred to in articles 1 to 6 of this Agreement.

Article 12

This Agreement shall not affect the rights and obligations of the Contracting Parties deriving from other bilateral or multilateral agreements.

Article 13

This Agreement shall enter into force after the Contracting Parties have informed one another of the completion of the domestic procedures necessary for its entry into force. The date of entry into force shall be the day on which the latter notification is received.

Article 14

This Agreement is concluded for a period of 10 years. It shall be renewed automatically for a further 10-year period, unless one of the Contracting Parties terminates it by means of a notification. The termination of the Agreement shall take effect six months after the receipt of the relevant note by the other Contracting Party.

Article 15

Upon the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics on cooperation in combating the illicit use of and traffic in narcotic drugs and psychotropic substances, of 13 June 1989, shall cease to apply in the relations between the Kyrgyz Republic and the Federal Republic of Germany.

DONE at Bishkek on 2 February 1998, in two originals, each in the Russian and German languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Kyrgyz Republic:

OMURBEK KUTUEV

For the Government of the Federal Republic of Germany:

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE KYRGYZ REPUBLIC AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON COOPERATION IN COMBATING ORGANIZED CRIME, TERRORISM AND OTHER HIGHLY DANGEROUS CRIMES

On the occasion of the signature of the said Agreement, the Government of the Kyrgyz Republic and the Government of the Federal Republic of Germany declared the following with respect to the second sentence of paragraph 3 of article 8 of the Agreement:

The Contracting Parties have agreed that the Government of the Kyrgyz Republic shall give its consent in general to the transmission of personal data to other German agencies and to the use of such data for purposes other than those stipulated in the Agreement where German laws require the notification of the departments concerned. Such an obligation is provided under subparagraph 1 of paragraph 18 of the Act on cooperation between the Federation and the Länder in matters relating to the protection of the Constitution and on the Federal Department for the Protection of the Constitution, subparagraph 1 of paragraph 10 of the Act on the Military Counter-Espionage Service and subparagraph 2 of paragraph 8 of the Act on the Federal Intelligence Agency.

This Protocol shall enter into force upon the entry into force of the aforementioned Agreement.

DONE at Bishkek on 2 February 1998, in two originals, each in the Russian and German languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Kyrgyz Republic:

OMURBEK KUTUEV

For the Government of the Federal Republic of Germany:

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD D'ENTRAIDE ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE KIRGHIZE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE EN VUE DE COMBATTRE LA CRIMINALITÉ ORGANISÉE, LE TERRORISME ET AUTRES FORMES DE CRIMINALITÉ EXTRÊMEMENT DANGEREUSES

Le Gouvernement de la République kirghize et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, ci-après dénommés « les Parties contractantes »,

Soucieux de contribuer, sur la base de la déclaration commune relative aux fondement des relations entre la République du Kirghizistan et la République fédérale d'Allemagne, du 4 juillet 1992, à l'épanouissement de leurs relations mutuelles,

Convaincus que l'entraide est extrêmement importante pour la prévention et la répression efficaces de la criminalité organisée, en particulier la criminalité liée aux stupéfiants, la contrebande transfrontière d'êtres humains et le terrorisme,

Compte tenu des conventions internationales auxquelles ont adhéré les Parties contractantes et des divers instruments signés par les Parties contractantes en ce qui concerne l'entraide internationale visant à prévenir et à réprimer la criminalité organisée, en particulier la criminalité liée aux stupéfiants, la contrebande transfrontière d'êtres humains et le terrorisme,

Préoccupés par l'augmentation de l'usage et du trafic illicites de stupéfiants et de substances psychotropes dans le monde entier,

Animés par le désir commun de combattre efficacement le terrorisme,

Convaincus que les efforts visant à combattre la contrebande transfrontière d'êtres humains par la voie aérienne doivent commencer dans les aéroports d'origine et de transit, seuls endroits où les entreprises de transport aérien peuvent effectivement exclure ces personnes,

Désireux de prendre des mesures efficaces pour lutter contre l'usage de faux papiers ou de documents falsifiés et contre l'utilisation abusive de pièces d'identité pour franchir les frontières et de combattre les organisations qui se livrent à la contrebande transfrontière d'êtres humains.

Conviennent comme suit :

Article premier

Les Parties contractantes, agissant dans le cadre de leur législation nationale et compte tenu de l'article 9 du présent Accord, s'entraident en menant des actions de prévention et des enquêtes visant à combattre la criminalité organisée, le terrorisme et autres formes de criminalité extrêmement dangereuses.

Article 2

1. Dans la mesure où sont exposées les structures de la criminalité organisée, l'entraide porte sur les formes de criminalité suivantes :

Culture, production, extraction, importation, exportation, transit et trafic illicites de stupéfiants et de substances psychotropes;

Blanchiment d'argent;

Terrorisme;

Contrebande transfrontière d'êtres humains;

Trafic illicite d'armes, de munitions et d'explosifs;

Exploitation de la prostitution d'autrui et traite d'êtres humains;

Jeux de hasard interdits;

Racket;

Fabrication et distribution de fausse monnaie;

Crimes contre la propriété et le capital;

Contrefaçon de documents, chèques et cartes de crédit;

Crimes contre l'environnement;

Trafic illicite de matières radioactives et nucléaires, de biens et de techniques d'importance stratégique et de matériels militaires divers;

Trafic illicite d'objets présentant une valeur culturelle.

2. L'entraide peut porter sur toute autre forme de criminalité pratiquée par des groupes de délinquants organisés.

Article 3

Aux fins de combattre la culture, la production, l'extraction, l'importation, l'exportation, le transit et le trafic illicites de stupéfiants et de substances psychotropes, les Parties contractantes, agissant dans le cadre de leur législation nationale et compte tenu de l'article 9 du présent Accord, s'engagent notamment à :

1. Échanger des renseignements relatifs aux personnes qui se livrent à la production ou à la contrebande et au trafic illicite de stupéfiants, aux cachettes, circuits et moyens de transport, aux méthodes de travail, aux lieux de provenance et de destination des stupéfiants et substances psychotropes, aux méthodes courantes de passage illicite des frontières et à des détails particuliers de cas précis, dans la mesure nécessaire pour mettre à jour les formes de criminalité extrêmement dangereuses et faire enquête à leur sujet, afin de prévenir des situations spécifiques constituant une menace importante pour la sécurité publique;

2. Se fournir mutuellement des échantillons des nouveaux types de stupéfiants et autres substances dangereuses, extraits de plantes ou synthétisés, qui font l'objet d'abus;

3. Comparer les résultats des efforts visant à contrôler le commerce licite de stupéfiants et de substances psychotropes et des matières premières et précurseurs nécessaires à leur

production illicite, compte tenu des possibilités de détournement des circuits commerciaux licites;

4. Prendre en commun des mesures appropriées pour prévenir le détournement de substances appartenant aux circuits commerciaux licites, au-delà des obligations qui incombent aux Parties contractantes au titre des conventions existantes en matière de stupéfiants;

5. Prendre en commun des mesures visant à combattre la production illicite de stupéfiants et de substances psychotropes.

Article 4

Aux fins de combattre le terrorisme, les Parties contractantes, agissant dans le cadre de leur législation nationale et compte tenu de l'article 9 du présent Accord, s'engagent notamment à échanger des renseignements sur les actes de terrorisme qui sont en projet ou qui ont été commis, sur les formes d'exécution de ces actes et les méthodes employées pour les commettre, sur les groupes terroristes qui projettent, commettent ou ont commis, dans le territoire de l'une des Parties contractantes, des crimes contre les intérêts de l'autre Partie Contractante. Ces échanges se déroulent en tant que de besoin pour combattre le terrorisme et prévenir des situations spécifiques constituant une menace importante pour la sécurité publique.

Article 5

Aux fins de combattre la contrebande transfrontière d'êtres humains, les Parties contractantes, agissant dans le cadre de leur législation nationale et compte tenu de l'article 9 du présent Accord, s'engagent notamment à :

1. Constituer au besoin un groupe de travail chargé d'analyser en commun les questions relatives à la répression de la contrebande transfrontière d'êtres humains et de mettre au point des mesures d'intervention appropriées;

2. Mettre en commun les renseignements nécessaires pour prévenir et mettre à jour les formes de criminalité extrêmement dangereuses et faire enquête à leur sujet.

Article 6

Aux fins de s'entraider, les Parties contractantes s'engagent à :

1. Constituer une commission mixte formée de hauts fonctionnaires des ministères compétents des deux Parties contractantes, notamment leur Ministère de l'intérieur, siégeant avec la participation de spécialistes. Les Parties contractantes se notifient la nomination de ces spécialistes. La Commission mixte siège en tant que de besoin;

2. Échanger des spécialistes en techniques de lutte contre la criminalité et en criminalistique;

3. Dans le cadre de leur législation nationale, échanger des renseignements sur les personnes impliquées dans des crimes commis dans le cadre de la criminalité organisée et les organisateurs de tels crimes, sur les organisations criminelles et leurs structures, sur les

liens entre criminels et le comportement typique des groupes criminels et de leurs membres, sur les circonstances relatives à la perpétration des crimes, en particulier le moment et le lieu des crimes et les méthodes employées pour les commettre, sur les sujets et les caractéristiques particulières des infractions et sur les dispositions de la loi pénale qui ont été enfreintes et les mesures d'intervention qui ont été prises, en tant que de besoin pour mettre à jour et combattre la criminalité organisée ou prévenir des situations spécifiques constituant une menace importante pour la sécurité publique;

4. Sur demande, prendre les mesures qu'autorise la législation de la Partie contractante requise;

5. S'entraider pour la réalisation d'enquêtes en mettant en œuvre des actions policières mutuellement convenues et en fournissant une assistance en ressources humaines, matérielles et organisationnelles;

6. Échanger des résultats d'expérience et des renseignements, notamment en ce qui concerne les méthodes employées dans la criminalité transnationale et de nouvelles formes particulières de criminalité;

7. Échanger des résultats de recherche scientifique dans les domaines de la criminalistique et de la criminologie;

8. Se fournir mutuellement des échantillons d'articles qui sont obtenus par des actes criminels ou sont employés ou utilisés pour la perpétration de ces actes;

9. Organiser un échange pour la formation avancée de spécialistes, sur une base commune ou réciproque, ainsi que des stages d'instruction pour fonctionnaires, afin de renforcer le professionnalisme dans la lutte contre la criminalité organisée;

10. Le cas échéant, tenir des réunions de travail dans le cadre d'instructions et enquêtes spécifiques afin d'élaborer ou de mettre en œuvre des mesures communes.

Article 7

Si l'une ou l'autre des Parties contractantes estime que les mesures dont la mise en œuvre est sollicitée dans le cadre d'une requête d'entraide risque d'enfreindre les droits souverains ou de compromettre la sûreté nationale ou d'autres intérêts vitaux de la Partie requise, ou violer les principes sur lesquels repose le système juridique ou l'ordre public du pays, cette Partie peut refuser l'assistance ou l'entraide, selon le cas, en tout ou en partie, ou imposer certaines conditions ou prescriptions.

Article 8

La communication de renseignements d'ordre personnel en application du présent Accord et de la législation nationale existante est assujettie aux dispositions ci-après, sous réserve des normes juridiques en vigueur pour chaque Partie contractante :

1. Le destinataire peut employer les renseignements exclusivement aux fins spécifiées et aux conditions prescrites par l'organisme expéditeur;

2. Le destinataire doit, sur demande, informer l'organisme expéditeur de l'usage qui est fait des renseignements et des résultats ainsi obtenus;

3. Les renseignements d'ordre personnel peuvent être communiqués exclusivement aux autorités de police et de justice et aux autres organismes publics chargés de la prévention de la criminalité et des enquêtes pénales. La communication ultérieure de ces renseignements à d'autres organismes et leur utilisation à d'autres fins que celles spécifiées par l'organisme expéditeur ne sont autorisées qu'avec le consentement préalable de l'organisme expéditeur;

4. L'organisme expéditeur est tenu de garantir l'exactitude des renseignements d'ordre personnel qu'il communique et il s'assure que la communication de ces renseignements est effectivement nécessaire dans les limites et aux fins précisées dans la requête. Il tient compte en outre des interdictions prévues par la législation nationale en matière de communication de renseignements. Aucun renseignement d'ordre personnel ne peut être communiqué s'il existe des raisons de croire que cette communication risque d'être contraire aux buts d'une loi nationale ou de porter préjudice aux intérêts légitimement protégés de la personne concernée. S'il est constaté que les renseignements communiqués sont inexacts ou que leur communication n'était pas autorisée, l'organisme destinataire doit en être prévenu sans délai. Ce dernier est tenu de corriger ou de détruire les renseignements en question.

5. L'intéressé qui en fait la demande doit être informé des renseignements d'ordre personnel existant à son sujet ainsi que des fins auxquelles ils seront employés. Il est fait dérogation à cette obligation lorsque, compte dûment tenu des circonstances, la non-divulgence des renseignements en question l'emporte, du point de vue de l'intérêt public, sur l'intérêt du demandeur à en être informé. En outre, le droit de l'intéressé à prendre connaissance de ces renseignements est régi par la législation interne de l'État contractant sur le territoire duquel la divulgation est demandée;

6. L'organisme expéditeur indique dans sa communication les délais à l'expiration desquels les renseignements communiqués doivent être détruits en vertu de la législation nationale applicable à l'organisme expéditeur. Sans égard pour ces délais, les renseignements d'ordre personnel doivent être détruits dès qu'ils ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles ils ont été communiqués;

7. Les organismes expéditeurs ou destinataires de renseignements d'ordre personnel sont tenus de donner acte de la communication et de la réception de ces renseignements;

8. Les organismes expéditeurs ou destinataires de renseignements d'ordre personnel sont tenus d'assurer la protection effective des renseignements communiqués contre toute consultation, modification ou divulgation non autorisée.

Article 9

Le présent Accord n'affecte pas les dispositions relatives à l'entraide judiciaire en matière pénale et à l'entraide administrative et juridique en matière fiscale.

Article 10

Aux fins de la mise en œuvre du présent Accord, les autorités centrales compétentes communiquent directement avec les spécialistes qu'elles ont nommés.

Les autorités centrale compétentes sont :

S'agissant de la République kirghize :

Le Ministère de l'intérieur;

Le Ministère de la sûreté nationale;

Le Ministère de la santé;

L'Inspection des douanes du Gouvernement de la République kirghize;

S'agissant de la République fédérale d'Allemagne :

Le Ministère fédéral de l'intérieur (Bundesministerium des Innern);

Le Ministère fédéral de la santé (Bundesministerium für Gesundheit);

L'Office fédéral de police criminelle (Bundeskriminalamt);

La Direction de la protection des frontières (Grenzschutzdirektion);

L'Office criminel des douanes (Zollkriminalamt).

Article 11

Les Parties contractantes peuvent envisager de conclure des accords distincts régissant dans le détail l'entraide mentionnée aux articles 1 à 6 du présent Accord.

Article 12

Le présent Accord n'affecte nullement les droits et obligations de Parties découlant d'autres accords bilatéraux ou multilatéraux.

Article 13

Le présent Accord entrera en vigueur après que les Parties contractantes se seront mutuellement notifiées par écrit l'accomplissement des formalités nationales respectives prescrites à cet effet. La date d'entrée en vigueur sera celle à laquelle la dernière notification aura été reçue.

Article 14

Le présent Accord est conclu pour une période de 10 ans. Il sera prorogé par tacite reconduction pour une nouvelle période de 10 ans, à moins que l'une des Parties contractantes n'adresse à l'autre une notification le dénonçant. L'Accord sera alors dénoncé six mois après que cette autre Partie aura reçue la notification.

Article 15

L'Accord de coopération entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques en vue de combattre l'abus de stupéfiants et de substances psychotropes et leur trafic illicite, du 13 juin 1989, cesse de s'appliquer aux rapports entre la République kirghize et la République fédérale d'Allemagne dès l'entrée en vigueur du présent Accord.

Fait à Bichkek le 2 février 1998 en deux exemplaires originaux en russe et en allemand, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République kirghize :

OMURBEK KUTUEV

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

PROTOCOLE À L' ACCORD D'ENTRAIDE ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE KIRGHIZE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE EN VUE DE COMBATTRE LA CRIMINALITÉ ORGANISÉE, LE TERRORISME ET AUTRES FORMES DE CRIMINALITÉ EXTRÊMEMENT DANGEREUSES

À l'occasion de la signature de l'Accord cité en référence, le Gouvernement de la République kirghize et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclarent ce qui suit concernant la deuxième phrase du paragraphe 3 de l'article 8 de l'Accord :

Les Parties contractantes sont convenues que le Gouvernement de la République kirghize consent en général à la communication de d'ordre personnel aux autres organismes allemands et à l'usage de ces renseignements à des fins autres que celles dont dispose l'Accord lorsque la législation allemande exige la notification des services concernés. Cette obligation est prévue au sous-paragraphe 1 du paragraphe 18 de la Loi relative à l'entraide de la Fédération et des Länder pour la protection de la Constitution et relative au Département fédéral pour la protection de la Constitution; au sous-paragraphe 1 du paragraphe 10 de la Loi relative au contre-espionnage militaire; et au sous-paragraphe 2 du paragraphe 8 de la Loi sur l'Office fédéral de renseignement.

Le présent Protocole entrera en vigueur lors de l'entrée en vigueur de l'Accord susmentionné.

Fait à Bichkek le 2 février 1998 en deux exemplaires originaux en russe et en allemand, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République kirghiz :

OMURBEK KUTUEV

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ